

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Nietan, Edelgard Bulmahn, Dr. h. c. Gernot Erler, Heinz-Joachim Barchmann, Petra Ernstberger, Dagmar Freitag, Iris Gleicke, Günter Gloser, Kerstin Griese, Dr. Eva Högl, Hans-Ulrich Klose, Ute Kumpf, Dr. Rolf Mützenich, Thomas Oppermann, Johannes Pflug, Michael Roth (Heringen), Werner Schieder (Weiden), Dr. Martin Schwanholz, Peer Steinbrück, Franz Thönnies, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Uta Zapf, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Verleihung des Status als EU-Beitrittskandidat an Serbien aussprechen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Serbien hat im Bestreben, der Europäischen Union beizutreten, deutliche Fortschritte bei der Durchführung notwendiger Reformen sowie bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und der Bedingungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses erzielt. Folgerichtig hat die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme vom 12. Oktober 2011 die Verleihung des Kandidatenstatus an Serbien empfohlen. Dass die Entscheidung über den Kandidatenstatus Serbiens durch den Europäischen Rat vom 9. Dezember 2011 trotz der Empfehlung der Europäischen Kommission vertagt wurde, war ein negatives Signal für die der EU zugewandten Reformkräfte Serbiens. Die für den Europäischen Rat vom 1./2. März 2012 anstehende Entscheidung über die Verleihung des Kandidatenstatus an Serbien hat Einfluss auch darauf, inwieweit Serbien den erfolgreich eingeschlagenen Kurs in Richtung EU beibehält oder ob Kräfte die Oberhand gewinnen, die Serbien auf einen rückwärtsgewandten Pfad lenken könnten.

Serbien ist gefordert, die weiterhin notwendigen Reformen fortzusetzen. Es muss konstruktiv am Abbau der nach wie vor bestehenden Spannungen mit dem Kosovo arbeiten. Hierbei sind auch Fortschritte zu verzeichnen, so bei der Umsetzung von Vereinbarungen zu Personenfreizügigkeit, dem Zivilregister und der Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Serbien bemüht sich um die Implementierung der Vereinbarung zum gemeinsamen Grenzmanagement (IBM). Es ist davon auszugehen, dass Serbien seine Bemühungen im Dialog mit Priština unter Vermittlung der EU fortsetzen und intensivieren wird.

Es liegt im ureigenen Interesse der Europäischen Union, dass Serbien mit der Verleihung des Beitrittskandidatenstatus einen starken Impuls zur Fortsetzung des bereits beschrittenen Reformweges erhält, auch im Sinne einer glaubwürdigen EU-Politik zur dauerhaften Stabilisierung des westlichen Balkans.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
sich beim Europäischen Rat am 1./2. März 2012 für die Verleihung des Status
als EU-Beitrittskandidat an Serbien auszusprechen.

Berlin, den 28. Februar 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion